

Jusos solidarisieren sich mit Israel-hassender Fatah-Jugend



Der am 21. Oktober im Spiegel veröffentlichte Artikel „Die politische Linke sollte ihr Schweigen beenden“ des Noch-Juso-Chefs Kevin Kühnert zu den Gefahren des „Islamismus“ war wohl nicht mehr als ein inhaltsleeres Lippenbekenntnis. Kaum kommt es zu praktischer politischer Arbeit, zeigt sich das wahre und altbekannte Gesicht der Jungsozialisten: Man paktiert mit Vertretern des radikalen Politischen Islams, wie jetzt auch am am vergangenen Samstag beim online ausgetragenen Juso-Bundeskongress zu beobachten war. Die Nachwuchsgruppe der SPD verabschiedete einen Antrag, in dem sie sich solidarisch mit der extremistischen „Palästinenser“-Organisation „Fatah Jugend“ erklärte.

Man sehe in ihr eine „Schwesterorganisation“, was tief in das Gedankengut der Jungsozialisten blicken lässt. Die Fatah-Jugend ist äußerst islam-radikal und spricht Israel das Existenzrecht ab. Die Bild-Zeitung bezeichnet diese Nachwuchs-Moslems als „Israelhasser“, die auch mit Terroranschlägen drohen und im Internet antisemitische Inhalte verbreiten würden. Auf einer Demonstration der Fatah-Jugend 2018 im Westjordanland hätten Mitglieder Sprengstoffgürtel-Attrappen getragen und zum Kampf gegen Israel aufgerufen.

Dieser Antrag ist eine Weiterentwicklung des pro-islamischen Kurses der Jusos. Auf ihrem letztjährigen Bundesparteitag hat man die Fatah-Jugend noch als „enge Partnerin“ bezeichnet. „Schwesterorganisation“ bedeutet jetzt eine Identifizierung

mit den gefährlichen Zielen dieser radikal-islamischen Nachwuchsorganisation. „Sozialisten und Islamisten aller Länder, verbrüderet Euch“ könnte es folgerichtig im Jargon der Jusos auch heißen.

In der „Welt“ äußert Remko Leemhuis vom American Jewish Committee, dass er „sehr irritiert“ über die Annahme dieses Antrages sei. Und dass Israel darin auch noch dazu aufgefordert wurde, den Sicherheitszaun zum Westjordanland zu entfernen.

Leemhuis gegenüber der Welt:

„Dabei ist es unter anderem diesem Zaun zu verdanken, dass es seit Jahren keine schweren Selbstmordattentate mehr gegeben hat und die Zahl der Terroranschläge insgesamt sehr deutlich zurückgegangen ist. Es fällt ebenso auf, dass dieser Terror palästinensisch-islamistischer Gruppen mit keinem Wort explizit erwähnt wird. Ganz im Gegenteil scheint es so, dass dieser Terror und die israelischen Versuche, die eigene Bevölkerung vor diesem Terror zu schützen, in dem Antrag gleichgesetzt werden.“

„Tichys Einblick“ liefert Informationen über die Radikalität der Fatah, die die im wahrsten Sinne des Wortes „Sprengkraft“ der empörenden Juso-Entscheidung verdeutlicht:

Die Fatah ist eine Bewegung zur „kompletten Befreiung Palästinas“, die die Existenz Israels ablehnt. Um das volle Potenzial dieser Friedenstauben aus dem Nahen Osten zu verstehen, sollte erwähnt werden, dass das Wappen dieser Bewegung zwei Fäuste, zwei Gewehre, eine Granate und die Umrisse Israels mit palästinensischen Farben hinterlegt zeigt. Laut ihrer Verfassung verfolgen sie neben der „kompletten Befreiung Palästinas“ und der „Eroberung Jerusalems als Hauptstadt“ auch „die Ausrottung der ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Existenz des Zionismus“. Dass mit Zionismus hier nichts

anderes als Juden gemeint wird, sollte wohl auch dem Letzten klar sein.

Die Fatah nutzt zur Durchsetzung ihrer Ziele terroristische Mittel und hat mit den Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden einen bewaffneten Arm, der zahlreiche Anschläge gegen israelische Zivilisten verübt hat. Der Fatah-Vorsitzende Mahmud Abbas, der das Westjordanland seit 2009 ohne demokratische Legitimation regiert, sagte, der Holocaust sei nicht durch Antisemitismus ausgelöst worden, sondern durch das „soziale Verhalten“ der Juden.

Passende Reaktion für diesen Juso-Beschluss auf Twitter:



Die SPD kann sich ihren Stolz auf ihre antifaschistische Tradition künftig abschminken:



Der scheidende Juso-Chef Kevin Kühnert, der nächstes Jahr in den Bundestag gewählt werden möchte, wollte sich ebenso wie seine Nachfolgerin Jessica Rosenthal gegenüber der Presse nicht zu diesem skandalösen Beschluss äußern. Dabei liegt er doch absolut auf SPD-Linie, schließlich hatte 2012 die damalige Generalsekretärin und spätere Parteichefin Andrea Nahles – ausgerechnet auch noch am Tag der Reichs-Pogromnacht 9. November – einen „strategischen Dialog“ der SPD mit der Fatah verkündet. Hierzu hatte sich Nahles mit Vertretern der Fatah getroffen, um sich über gemeinsame Werte wie „Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichheit und Achtung von Minderheiten“ auszutauschen und ihre „strategische Partnerschaft“ zu vertiefen. Über diese skandalöse Verbindung berichtete ich am 12. November 2012 bei PI-NEWS.

In einem weiterführenden Artikel beschrieb ich am 4. Februar 2013 an einem Beispiel, wie nahtlos in der DDR der Übergang von der NSDAP zur SED ablief. Um zu zeigen, wie ähnlich viele ideologischen Überzeugungen bei nationalen und internationalen Sozialisten sind. Zur Nahles-Erklärung hatte ich eine Bildcollage veröffentlicht, im Original der Internetseite haolam entnommen, auf der der 9. November 1938 und der 9. November 2012 gegenübergestellt sind. Das eine mit dem Hakenkreuz, das andere mit dem SPD-Parteilogo gekennzeichnet. Zum Schutz vor weiteren Anzeigen ist das Hakenkreuz entfernt:

74 Jahre nach der Reichspogromnacht: SPD schließt Pakt mit islamischer Terror-Organisation gegen Israel



Ziel war darzustellen, dass Andrea Nahles die SPD durch die Proklamation von „gemeinsamen Werten“ mit erklärten Todfeinden des jüdischen Volkes an diesem historischen Datum in eine gefährliche Nähe zu nationalsozialistischem Unrecht begibt, wodurch verständlicherweise Ängste bei jüdischen Mitbürgern ausgelöst werden. Auch der Zentralrat der Juden hatte die SPD deswegen scharf angegriffen, wie die Süddeutsche Zeitung am 12. November 2012 berichtete:

„Die SPD macht sich gemein mit einer Terror-Organisation, die zu Hass und Hetze gegen Juden aufruft“, sagte Graumann zu Bild. „Die Partei sollte sich schämen“. Die Erklärung gemeinsamer Werte sei ein „Skandal“.

Aber die berühmt-berüchtigte Richterin Sonja Birkhofer-Hoffmann verurteilte mich im Prozess vom 31. März 2014 wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen“ und „Beleidigung“ der SPD-Generalsekretärin zu sage und schreibe 6000 Euro Strafe. Damit hatte sie den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft München glatt verdoppelt.

Acht Jahre später führen die Jusos diesen völlig falschen und brandgefährlichen Schulterchluss ihrer Mutterpartei fort. Sie können und wollen offensichtlich nicht begreifen, dass der

Politische Islam, der auch von der Fatah und ihrer Jugendorganisation intensiv vertreten wird, die größte Bedrohung für alle freien demokratischen Gesellschaften dieses Planeten sind. Diese Sponsoren des Juso-Bundesparteitages sollten sich im klaren sein, was sie hier unterstützen:



Aus dieser völligen Unkenntnis über die Gefahren des Politischen Islams ist es auch nicht verwunderlich, dass die Mutterpartei dieser ideologischen Geisterbahnfahrer eine abgrundtief falsche Einwanderungs- und „Flüchtlings“-Politik betreibt. Für Deutschland ist es verhängnisvoll, dass die CDU unter Merkel deckungsgleich arbeitet und alle weiteren Altparteien bei diesem Suizidkurs mitziehen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.